



HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2016

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Flüchtlinge in Deutschland und Europa menschenwürdig aufnehmen und versorgen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Menschenrechte und gelebte Humanität im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik stehen. Hessen steht für eine Willkommens- und Anerkennungskultur. Menschen, die aus politischen und humanitären Gründen nach Hessen kommen, erhalten unseren Schutz. Sie sollen in Hessen eine neue Lebensperspektive finden. Andererseits ist die rasche und konsequente Durchsetzung bestehender vollziehbarer Ausreisepflichten bei Asylbewerbern, die keinen Anspruch auf Asyl, Anerkennung nach Genfer Flüchtlingskonvention oder subsidiären Schutz haben, notwendig. Im Jahr 2015 hat die Zahl der Menschen, die sich auf der Flucht befinden, den Höchststand von 60 Mio. weltweit erlangt. In bislang nicht gekanntem Ausmaß suchen die Menschen eine neue Perspektive in Europa, Deutschland und Hessen. Das Land Hessen hat über 80.000 Asyl suchende Menschen aufgenommen und in einem beispiellosen Kraftakt für die menschenwürdige Unterbringung und Versorgung dieser Menschen gesorgt. Dafür gebührt allen beteiligten Kräften der ausdrückliche Dank des Landtags.
2. Der Landtag spricht sich im Geiste europäischer Solidarität für eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten aus, die soziale, sprachliche oder familiäre Bezugspunkte berücksichtigen sollte. Der Landtag begrüßt die Vereinbarungen und Bemühungen, Menschen auf der Flucht auf europäischer Ebene gerechter zu verteilen und damit die derzeitigen Hauptaufnahmeländer zu entlasten. Der Landtag appelliert an alle EU-Mitgliedstaaten, diejenigen EU-Länder wirksam zu unterstützen, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen. Der Landtag ist besorgt darüber, dass sich nicht alle Länder an der EU-Kontingenzlösung beteiligen und die europäischen Grenzländer wie vereinbart unterstützen.
3. Der Landtag ist besorgt über die Situation in den Flüchtlingslagern in den europäischen Grenzländern und Grenzgebieten, insbesondere in Griechenland. Es bedarf aus Sicht des Landtags zügig weiterer Anstrengungen, um die humanitäre und medizinische Situation zu verbessern. Der Landtag appelliert daher an die Bundesregierung, sich gegenüber der griechischen Regierung, der europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten für eine Verbesserung der Situation in den dortigen Flüchtlingslagern einzusetzen. Auch sieht der Landtag die Bundesregierung in der Pflicht, gemeinsam mit den Bundesländern zu erörtern, welchen Beitrag der Bund und die Länder hierzu leisten können. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass das Land Hessen weiterhin seinen Beitrag zur Unterstützung und Unterbringung der Flüchtlinge gemäß dem Königsteiner Schlüssel und den weiteren Bund-Länder-Vereinbarungen zum Thema Flüchtlinge leistet, so wie es das Land auch bislang getan hat.
4. Der Landtag begrüßt den hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Aktionsplan ist die richtige und notwendige Antwort auf die aktuelle Herausforderung der hohen Flüchtlingszahlen. Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei ihren vielfältigen Initiativen zur Verbesserung der Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Hessen. Als Beispiele seien die Erhöhung der Pauschalen für die Gebietskörperschaften zum 1. Januar 2016 um rund 45 %, das Sprachprogramm InteA (Integration und Abschluss) für Jugendliche ab 16 Jahren und das Programm zum frühzeitigen Spracherwerb "MitSprache - Deutsch4U" genannt.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Mai 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)